FDP Bruchköbel

ANSCHLUSS AN HANAU GEPLANT? KOALITION HAT KEIN INTERESSE AN AUSWIRKUNG DES „HUXIT“ AUF BRUCHKÖBEL – ANTRAG FÜR EINE KOMMUNALE ARBEITSGRUPPE WIRD VON CDU UND SPD ABGELEHNT

26.10.2018

Die Kreisfreiheit Hanaus wird immer wahrscheinlicher, auch wenn noch einige gesetzliche Hürden zu nehmen sind. Höchste Zeit also für die Kommunen im Kreis, hier insbesondere die direkten Nachbarkommunen, für Regelungen der der damit verbundenen Interessen der einzelnen Kommunen einzutreten. Der Antrag der FDP in Bruchköbel, über die Bürgermeister des Kreises eine Arbeitsgruppe einzurichten, die die Interessen der Kommunen formuliert und eine verbindliche Regelung einfordern soll, fand in der letzten Sitzung jedoch keine Mehrheit. Im Gegensatz zu anderen Kommunen wie Schöneck und Großkrotzenburg, wo man ähnliche Beschlüsse auf Antrag der FDP einstimmig fassen konnte, um damit den jeweiligen Verwaltungschefs den nötigen Rückhalt zu geben, war die Koalition aus CDU und SPD nicht für eine Zustimmung zu haben. Warum, dies bleibt leider das Geheimnis dieser Fraktionen. Denn weder ein Vertreter der CDU noch der SPD begründeten ihre Meinung, obwohl der Bürgermeister zuvor von den bereits jetzt stattfindenden Gesprächen in dieser Sache berichten konnte und grundsätzlich für das Thema aufgeschlossen wirkte.
Die Liberalen stellten diesen Antrag, weil sie sich nicht nur auf Gespräche und Zusagen der Hanauer Verantwortlichen oder des Landrates verlassen wollen, sie fordern klare Regelungen für Bruchköbel im Fall einer möglichen Kreisfreiheit Hanaus. Für FDP-Chefin Sylvia Braun ist es nur logisch, dass die Stadt es ihren Bürgern schuldig ist, hier die besten Verhandlungsergebnisse zu erzielen und das kann man eben nur tun, wenn man die Interessen selbst wahrnimmt. Es gibt viele Bereiche, in denen für Bruchköbel

Abgerufen am 11.11.2026 unter https://fdp-bruchkoebel.de/?p=275

Regelungsbedarf entstehen würde. So sind beispielsweise durch die direkte Nachbarschaft viele Kinder auf weiterführenden Schulen in Hanau. Dass diese Möglichkeit auch bei einem stetig wachsenden Bedarf in Hanau selbst weiter bestehen bleibt, muss zukünftig verbindlich und langfristig geregelt werden. Die Schulform Gymnasium findet man im Kreisgebiet sonst erst in Maintal oder Freigericht, gleiches gilt für die Realschule.

Die FDP-Fraktionschefin Sylvia Braun äußerte Unverständnis über die Haltung der Koalition, die offenbar kein Interesse hat an zukünftigen Entwicklungen rund um die Kreisfreiheit Hanaus. Sich hierbei auf den Kreistag zu verlassen, erscheint aufgrund der Aufgabenlage dieses Gremiums doch sehr kurzsichtig, da die Vertreter im Kreistag im Sinne des Wohls des gesamten Kreises handeln müssen und kaum für jede einzelnen Kommune die besonderen Erfordernisse aushandeln können. Ureigene Bruchköbeler Interessen können nur durch die Kommune selbst vertreten werden, da sind sich die Liberalen sicher. Aber vielleicht ist hängt man seitens der CDU ja doch weiter der kürzlich aus CDU-Kreisen geäußerten Idee eines Anschlusses an Hanau an? Es würde das Schweigen und den Unwillen zu Handeln bei diesem wichtigen Thema erklären.

Abgerufen am 11.11.2026 unter https://fdp-bruchkoebel.de/?p=275